

Transkription der Bürgeranfrage

Ratssitzung vom 22.02.2011

Frage von Frau Petra Müller:

„Ich bin Braunschweiger Bürgerin, bin hier geboren, habe zwei erwachsene Söhne und der ältere von den beiden überlegt gerade, ob er von Nordrhein-Westfalen wieder zurück nach Braunschweig zieht, um hier eine Familie zu gründen. Und auf diesem Hintergrund möchte ich folgende Bürgeranfrage stellen:

Ich als Mutter mache mir Sorgen, dass das Krebsrisiko durch die Asse-Problematic auch in Braunschweig erhöht ist, beziehungsweise in Zukunft erhöht sein wird. Wie schützen sie uns?“

Antwort Stadtbaurätin Maren Sommer:

„Die Zuständigkeit für die Endlagerüberwachung und somit auch für den gesamten Schutz der Bevölkerung liegt beim Bundesamt für Strahlenschutz, das mit der Stelle in Salzgitter hier zuständig ist. Das Bundesamt für Strahlenschutz überwacht nach eigenen Angaben regelmäßig die Abgaben von radioaktiven Stoffen mit der Abluft im Umfeld der Asse. Des Weiteren führt parallel eine unabhängige Stelle - derzeit ist es das Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt – Umgebungsüberwachungen durch. Auf Grundlage der Richtlinie zur Emissions- und Immissionsüberwachung kerntechnischer Anlagen, werden neben Beprobungen der Luft auch Grundwasserproben, Proben von Böden, landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Futtermitteln und oberirdischen Gewässern in der Umgebung der Anlage genommen und analysiert, um eben eine radiologische Beeinflussung durch den Betrieb des Endlagers ausschließen zu können. Danach gab und gibt es im Umkreis der Schachanlage Asse im Landkreis Wolfenbüttel keine Überschreitung der gesetzlich zulässigen Grenzwerte. Insoweit gibt es zur Zeit seitens der Stadt Braunschweig auch nichts weiter zu veranlassen.

Zusatzfrage:

„Wenn aber plötzlich eine erhöhte Radioaktivität austritt, wie erfahre ich das? Wie ist der Informationsfluss? Erfahre ich das durch die Presse oder informiert mich die Stadt Braunschweig?“

Antwort:

„Also, Notfallplanungen unterliegen auch dem Bundesamt für Strahlenschutz und die werden von dort öffentlich gemacht. Die werden direkt, laufen direkt über das Bundesamt, weil die ja auch die ersten sind, die darüber informiert werden oder Kenntnis erlangen.“